

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

156 (7.7.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) (Tel. aufgeb. Instrate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Samstag, den 7. Juli 1951

Str. 156

Totenzahl des Schiffsunglücks noch unbekannt

Suche in der Spree geht weiter — Ostmagistrat lehnt Verantwortung ab

Berlin (UP). Ganz Deutschland und besonders die Bevölkerung Berlins stehen unter dem erschütternden Eindruck der Brandkatastrophe auf dem Spreeschiff „Heimatland“. Die genaue Zahl der Todesopfer und der Verletzten konnte noch nicht ermittelt werden, da die offiziellen Angaben des Ostberliner Magistrats und die Aussagen von Volkspolizisten, Bergungstruppen und anderen Augenzeugen stark voneinander abweichen. Der Magistrat gab gestern 27 Tote an. Schon am Tage vorher aber hatte das gerichtsmedicinische Institut im Sowjetsektor mitgeteilt, 45 Leiden von Verbrannten und Ertrunkenen aufgenommen zu haben. Wenigstens 40 Kinder liegen mit zum Teil lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus, nachdem 15 inzwischen nach Hause entlassen werden konnten.

Polizeiboote setzten mit Netzen die Suche in der Spree fort. Gegenüber den Vorwürfen, die in der Bevölkerung zum Verhalten der Volkspolizei und der Verwaltungsstellen kurz nach dem Unglück laut wurden, versuchte der Ostmagistrat, sich zu rechtfertigen und die Polizei, sowie zwei Krankenhäuser in Westberlin für die mangelnde Hilfe mit verantwortlich zu machen. Die Polizei hat aber kurz nach dem Unglück ihre Hilfe vergebens angeboten und die Krankenhäuser warteten vergeblich auf die Einlieferung der Verletzten.

Die „Heimatland“ wird mit besonderer Betonung als „privates Eigentum“ bezeichnet. Ermittlungen von UP ergaben jedoch, daß das Schiff in „volkseigener Regie“ der Deutschen Schiffs- und Umschlagsgesellschaft der Sowjetzone verkehrt, die es als Vertragsschiff fahren ließ. Entsprechend dem Vertrag wäre die DSU verpflichtet gewesen, nach dem mit ihrer Einwilligung erfolgten Umbau von Diesel- auf Benzinbetrieb das Schiff durch Sachverständige abnehmen zu lassen. Diese Kontrolle unterblieb jedoch.

Bundespräsident Heuss hat dem regierenden Bürgermeister von Berlin, Reuter, zu dem schweren Unglück auf der Spree ein Beileidstelegramm übersandt.

Saar hat im Europa-Rat nichts zu suchen

Frankreichs Saarpolitik „von Grund auf falsch“ — Dr. Adenauer kündigt baldige Lösung an

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärte vor dem Bundestag, für eine Mitgliedschaft der Saar im Europa-Rat bestehe keinerlei Voraussetzung. Gleichzeitig kündigte er deutsch-alliierte Verhandlungen über das Saar-Problem und Schritte der Bundesregierung beim Ministerkomitee des Europa-Rates an.

Der Kanzler antwortete mit diesen Erklärungen auf eine scharfe Kritik des zweiten Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, an der angeblichen Passivität der Bundesregierung in der Saarfrage. Dieser stellte namens seiner Partei den Antrag, die Saar künftig als Teil Deutschlands anzusehen und der de-facto-Anerkennung ihrer Abtrennung ein Ende zu machen. Ollenhauer wiederholte ferner eine alte sozialdemokratische Forderung, die Saarfrage sollte in direkten deutsch-französischen Verhandlungen geklärt werden. Es müsse und könne eine Verständigung zwischen Bonn und Paris über die Saar geben. Ein deutsch-französischer Freundschaftspakt sei denkbar.

Der SPD-Sprecher kritisierte scharf die „Politik des Stillhaltens“ der Bundesregierung und verwies auf französische Bestrebungen, an der Saar ein autonomes Regime zu schaffen. Der Briefwechsel Adenauer-Schuman über die Rolle der Saar in der Montanunion sei hinsichtlich der Vertretung der saarländischen Interessen durch Frankreich ohne jede praktische Bedeutung. Ein deutsches Parlament werde keinen Vertrag billigen, durch den ein Teil Deutschlands losgelöst werde. Das gegenwärtige Schweigen der Bundesregierung sei unerträglich. Es sei ihre Pflicht, vom Europa-Rat eine Untersuchung zu verlangen, ob überhaupt noch die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft der Saar im Straßburger Rat gegeben sind.

Der CSU-Abgeordnete Strauß kritisierte eine Rede des französischen Hochkommissars an der Saar, Jean Gilbert Grandval, in der dieser behauptet haben soll, die Deutschen hätten vergessen, daß sie einen Krieg verlor-

ren haben. Die CSU verlangte in einem Antrag, die Bundesregierung solle feststellen, ob Grandval damit die offizielle Ansicht der französischen Regierung zum Ausdruck gebracht habe.

Demgegenüber erklärte der Bundeskanzler, er habe keine Veranlassung, sich mit Herrn Grandval auseinanderzusetzen. „Ich werde über die Saarfrage mit anderen Stellen zu unterhandeln haben, die für das Schicksal der Saar zuständig sind, das sind Frankreich, England und die Vereinigten Staaten.“ In diesem Zusammenhang wiederholte der Bundeskanzler seine Ankündigung, die Bundesregierung werde die Saarfrage auf der nächsten Sitzung des Ministerrates im Europa-Rat zur Sprache bringen. Es könne also gar keine Rede davon sein, daß die Bundesregierung in der Saarfrage passiv sei. Man dürfe auch nicht vergessen, daß sie in einer Note an die Alliierten um die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse an der Saar ersucht habe. Eine Antwort sei allerdings noch nicht eingetroffen. Die französische Saarpolitik — so betonte der Kanzler — sei „von Grund auf falsch“. Die Bundesregierung habe auch die Vertretung der Saar im Schumanplan durch Frankreich nicht anerkannt. „Ich bin auch der Auffassung, daß überhaupt keine Voraussetzungen für die Teilnahme der Saar im Europa-Rat in irgendwelcher Form gegeben sind.“ Er sei jedoch der Überzeugung, daß „wir die ganze Saarfrage — und in gar nicht zu langer Zeit — gelöst sehen werden, so wie wir es wünschen.“

Der SPD-Antrag wurde mit dem Antrag der CSU in den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

Im Anschluß an die Saardebatte des Bundestages empfing der Bundeskanzler die beiden leitenden Männer der verbotenen Demokratischen Partei des Saarlandes (DPS), Richard Becker und Karl Hillenbrand. In Gegenwart des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser, erörterte er mit ihnen das Saarproblem.

Amerikanischer Kommentar zur Saardebatte

Zuständige Stellen der amerikanischen Hohe Kommission unterstrichen im Zusammenhang mit der Saardebatte, daß die USA den gegenwärtigen Status des Saargebietes lediglich als eine „vorläufige Regelung“ ansähen. Die USA stünden weiter zu ihren im Jahre 1948 mit Frankreich und Großbritannien getroffenen Abmachungen und seien nicht gewillt, der Rückgabe des Saargebietes an die Bundesrepublik oder einer definitiven Abtrennung des Landes von Deutschland vor einem Friedensvertrag zuzustimmen. Sie würden sich aber mit jeder Regelung einverstanden erklären, die sowohl von Frankreich als auch von Deutschland gutgeheißen werde. Die gleichen Stellen wiesen darauf hin, es sei nicht wahrscheinlich, daß bei den Friedensverhandlungen amerikanischerseits für eine Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Sonderstatus der Saar plädiert werde.

Deutscher Städtetag eröffnet

München (UP). Der amtierende Bürgermeister von Berlin, Reuter, eröffnete die diesjährige vierte Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in München. An der Eröffnung nahmen der ehemalige Reichskanzler Dr. Hans Luther, der bayerische Ministerpräsident Ehard sowie eine 24köpfige österreichische Delegation teil. Der Präsidialdirektor des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Nürnberg, Dr. Ziebill, leitete die Arbeitstagung mit einem Referat über die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung ein.

Folgt Queuille ein Sozialist?

Paris (UP). Die Sozialistische Partei Frankreichs hat auf einem außerordentlichen Parteitag beschlossen, den Posten des Ministerpräsidenten für sich zu verlangen. Gleichzeitig ließ sie sich aber selbst die Möglichkeit offen, an einer Koalition der Mittelparteien unter einem anderen Ministerpräsidenten teilzunehmen. In der neuen Nationalversammlung sind die Sozialisten mit 194 von 627 Abgeordneten vertreten.

Politische Beobachter halten es für unwahrscheinlich, daß es den Sozialisten gelingen wird, die Führung einer neuen Koalition zu übernehmen. Die Beteiligung an der Regierung machen die Sozialisten von drei Bedingungen abhängig: sofortige Maßnahmen zur Hebung der Kaufkraft der Arbeiter, keine Änderung des sozialen Programms oder der Organisation der sozialisierten Betriebe, Beibehaltung der staatlichen Schulbildung. Besonders die letzte Bedingung kann leicht zu Differenzen zwischen Sozialisten und Volksrepublikanern (M.R.P.) führen, da diese eine staatliche Unterstützung der katholischen Privatschulen verlangen.

Anthony Eden, der stellvertretende britische Oppositionsführer, wird sich im nächsten Monat auf eine Besuchsreise nach den USA und Kanada begeben.

McCloy drängt auf schnelle Klärung

Es kommt aber auf Paris an — Besprechung mit Fraktionsführern und Schumacher

Bonn (UP). Hochkommissar McCloy dränge auf eine schnelle Klärung aller mit dem Problem einer deutschen Wiederbewaffnung verbundenen Fragen, doch sei mit einem endgültigen Entscheid hierüber kaum vor Ende dieses Jahres zu rechnen. In dieser Bemerkung eines deutschen Regierungsbeamten läßt sich der Sinn der Besprechungen zusammenfassen, die McCloy seit seiner Rückkehr aus Washington mit führenden deutschen und alliierten Politikern abhielt.

Zunächst traf sich McCloy mit den Hochkommissaren Frankreichs und Großbritanniens sowie mit Dr. Adenauer. Unterrédungen mit den Vorsitzenden der Regierungsfaktionen im Bundestag und dem sozialdemokratischen Oppositionsführer Dr. Schumacher schlossen sich an. McCloy's Erklärungen in diesen Konferenzen lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. Deutscher Verteidigungsbeitrag „so schnell wie möglich“. 2. Keine Verzögerung bis 1953. 3. Berücksichtigung der Pariser Beratungen. 4. Fortsetzung der deutsch-alliierten Sachverständigenverhandlungen.

Hervorragend unterrichtete deutsche Regierungskreise sind auf Grund der Aussprache McCloy-Adenauer zu der Auffassung gelangt, daß McCloy lediglich eine schnelle Klärung aller Probleme erstrebt, aber einen endgültigen Entscheid nicht übers Knie brechen will. Die Klärung dürfte — unter Berücksichtigung der Pariser Verhandlungen — bis zum Spätherbst dieses Jahres herbeigeführt sein.

Die Pariser Pleven-Plan-Konferenz soll am 10. Juli einen Zwischenbericht über das bisherige Beratungsergebnis vorlegen, wenn die deutsche Delegation bis dahin ihre Vorlagen fertiggestellt hat. Im Gegensatz zu dem Bonner Verhandlungen deutsch-alliierten Militärsachverständigen sind die wichtigsten Verhandlungspunkte in Paris nach wie vor ungeklärt. Die Bonner Experten werden ihre Arbeiten vermutlich nicht fortsetzen.

Von der Aufnahme des genannten Zwischenberichts bei den beteiligten Regierungen hängt nach Ansicht Bonner Politiker viel für das Tempo einer deutschen Wiederbewaffnung ab. In dem Bericht wird zum Ausdruck kommen, daß vor allem hinsichtlich der Größe der deutschen Einheiten in einer Europa-Armee noch keine Einigung erzielt werden konnte. Bonn fordert Gleichberechtigung, Paris will Beschränkung.

Schwere Strafen für Staatsfeinde

Das „Blitzgesetz“ zum Schutz der Verfassung
Bonn (UP). Empfindliche Strafen für Verfassungsfeinde, Hoch- und Landesverräter sieht das vom Rechtsausschuß des Bundestages jetzt fertiggestellte „Blitzgesetz“ zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung vor, das dem Bundestag zugeleitet wurde.

Auf lebenslängliches Zuchthaus kann nur der Versuch erkannt werden, die verfassungsmäßige Ordnung mit Gewalt zu ändern oder das Bundesgebiet oder einen seiner Landesteile loszureißen und einem fremden Staate einzuverleihen. Ein hochverräterisches Unternehmen gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Bundesgebiet wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, ein Anschlag auf das Leben des Bundespräsidenten gleichfalls mit Zuchthaus bestraft.

Der Mißbrauch von Hoheitsbefugnissen mit dem Ziel einer Beeinträchtigung des Bestandes der Bundesrepublik oder einer Beseitigung der Verfassungsgrundsätze wird als Verfassungsverrat mit Zuchthaus bestraft.

Gefängnisstrafen sind für den Versuch vorgesehen, die öffentlichen Verkehrs- und Nachrichtenmittel (Post, Eisenbahn) oder die öffentlichen Versorgungsbetriebe aus unstatlichen Absichten lahmzulegen. Die Gründung einer gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichteten Vereinigung kann mit Gefängnis bestraft werden.

Hobe Strafen stehen ferner auf der Verunglimpfung des Bundespräsidenten, der Bundes- und Länderfarben, der Bundesrepublik, der Bundeshymne, der Abgeordneten des Bundestages und der Landtage oder der Bundes- und Landesminister.

Zum Schutze von Versammlungen soll bestimmt werden, daß alle Teilnehmer verpflichtet sind, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffenen Anweisungen des Versammlungsleiters oder der von ihm bestellten Ordner zu befolgen. Wer aus der Versammlung ausgeschlossen wird, hat sie sofort zu verlassen. Wer Widerstand leistet oder fortfährt, den Ablauf einer öffentlichen Versammlung zu stören, wird mit Haft oder Geldstrafe bis zu 150 DM bestraft, in schweren Fällen mit Gefängnis bis zu einem Jahr. Die Abhaltung einer Versammlung kann nur im Einzelfall verboten werden, wenn die Veranstalter sie zu einem Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung benutzen wollen. Während bestimmte Personen oder Personengruppen von der Teilnahme an einer Versammlung ausgeschlossen werden können, ist es nicht statthaft, Pressevertreter fernzuhalten.

Belgische und niederländische Truppen werden im Sommer eine gemeinsame Ausbildung erhalten. In Belgien soll eine gemeinsame Flakartillerie-Schule eröffnet werden.

Die aus Budapest ausgewiesenen US-Diplomaten Alfred Sherer Jr. und Ruth Tryon sind in Wien eingetroffen.



ten Staaten wird sowie bei jener Ordnung der Märkte eine tragende Rolle zu übernehmen haben. Dies geht schon rein statistisch daraus hervor, daß in allen westeuropäischen Ländern — wie früher übrigens auch in Polen, der Tschecho-Slowakei, Ungarn usw. — der überwiegende Anteil aller bäuerlichen Produkte über die Genossenschaften verwerdet, ein ebenso großer Anteil aller Bezüge an landwirtschaftlichen Betriebsmitteln über Genossenschaften abgewickelt wird.

Den sachlichen Höhepunkt des Raiffeisenkongresses bildete die Stellungnahme des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Müller, zu den Gegenwartsfragen der Agrarpolitik und der Mitarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften an ihnen. In einem Privatissimum für den zu seinen Füßen sitzenden Bundesernährungsminister Dr. Niklas entwickelte Dr. Müller seine Thesen zu den nach seiner Auffassung entscheidenden drei Fragen: 1. möglichste Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung, 2. stabile Markt- und Preisverhältnisse mit Preisen, welche die Landwirtschaft sozial und rentabilitätsmäßig sichern und eine weitere Landflucht verhindern helfen, 3. Anpassung der Importe ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse an den volkswirtschaftlich echten Bedarf. Als besonders aktuelle Fragen stellte Dr. Müller dabei die Erhöhung der Getreideerzeugung zur Sicherung der Festpreise, ein Marktgesetz für Obst und Gemüse nebst Lenkung der Einfuhr nach Menge, Zeit und Preis, und die Verbesserung der Kreditmöglichkeiten für den Agrarsektor heraus.

Der Präsident des Raiffeisenverbandes, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, der zuvor bereits in einer Pressekonferenz die geplante Heranziehung der Raiffeisengenossenschaften zur Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft scharf abgelehnt, und die Erhaltung der bisherigen steuerlichen Begünstigung für die Genossenschaften gefordert hatte, leitete den Kongreß der Fünftausend mit jener verbindlichen Autorität und Meisterschaft in der Geschäftsordnung, die man diesseits und jenseits unserer Grenzen an ihm besonders schätzt.

Italiens Friedensvertrag überholt

Abstimmung über Schutzkorps verschoben
Rom (UP). Der italienische Außenminister Sforza erklärte über ein internationales Radionetz in Rom, Italien habe das Recht und die Pflicht sich selbst zu verteidigen. Er verlangte die „moralische Auslöschung“ des politisch und rechtlich überholten Friedensvertrages. „Es ist an der Zeit, daß die Welt die Unvereinbarkeit unserer Lage als loyale Alliierte im Atlantikpakt mit unserer formellen Stellung als frühere Feinde unter einem strafenden Friedensvertrag einseht.“

Die italienische Abgeordnetenkammer hat die einzelnen Bestimmungen der Gesetzesvorlage über die Zivilverteidigung angenommen, ohne daß es zur Schlußabstimmung kam. Die Kammer vertagte sich auf Dienstag, um dann nochmals über die gesamte Vorlage abzustimmen. Die Kommunisten und Linksozialisten versuchten im Laufe der Sitzung mit allen Mitteln die Annahme der einzelnen Artikel zu verhindern oder hinauszuschieben. Zu diesem Zweck stellten sie Zusatzanträge, hielten Dauerreden und bedienten sich aller noch möglichen parlamentarischen Mittel.

Die Vorlage sieht vor, daß ein besonderes „Schutzkorps“ gebildet wird. Es soll etwa 40.000 Mann umfassen und im Fall von „Kriegshandlungen und Notständen“ einberufen werden. Die Linke bezeichnet die Gründung dieses Korps als faschistische Maßnahme, die sich gegen die Kommunisten richte und verfassungswidrig sei.

Schießerei mit „Terroristen“

Prag (UP). Die tschechoslowakische Sicherheitspolizei gab bekannt, daß mehrere „Terroristen“ wegen Mordes an drei Mitgliedern des örtlichen Nationalausschusses in Budec in Mähren verhaftet wurden. Das offizielle Kommuniqué besagt, daß sich die „Banditen“ nach einem Feuergefecht mit der Sicherheitspolizei ergaben, nachdem zwei von ihnen erschossen worden waren. Ein „Agent der westlichen Imperialisten“, der in Bayern ausgebildet worden sei, habe die „Terroristen“ angeführt.

Deutscher Raiffeisenkongress in Stuttgart
Zum Deutschen Raiffeisenkongress, der in Stuttgart stattfand, waren Abordnungen der landwirtschaftlichen Verbände aller deutschen Länder sowie zahlreiche Vertreter aus 19 europäischen Staaten erschienen. Unser Bild zeigt einen Blick auf die Bühne mit dem Präsidenten des deutschen Raiffeisenverbandes, Dr. V.



Eisenbahner kündigen Streik an

Bundesbahngesetz verabschiedet - Rentenzulage wird beschleunigt

Bonn (UP). Der Bundestag verabschiedete das Bundesbahngesetz in dritter Lesung. Die Mehrheit des Parlaments lehnte die Forderung der SPD ab, in dem Gesetz die gleiche paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer wie in den Grundstoffindustrien festzulegen. Der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft und SPD-Abgeordnete Jahn kündigte den „Kampf der Arbeitnehmer um die Revision des Gesetzes“ an.

Bundesverkehrsminister Seeborn erklärte hierzu, die Bundesregierung habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die in der Grundstoffindustrie getroffene Regelung des Mitbestimmungsrechts eine Sonderregelung sei und nicht auf andere Gebiete übertragen werden könne.

Bei der ersten Lesung des Rentenzulagegesetzes forderten alle Sprecher, das Gesetz, wonach die Renten aus der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Rentenversicherung mit Wirkung vom 1. Juni um durchschnittlich 25 Prozent erhöht werden sollen, noch vor den Parlamentsferien zu verabschieden. Damit soll eine baldige Auszahlung der erhöhten Renten ermöglicht werden.

Nach dem Gesetz, das jedoch in dritter Lesung noch Änderungen erfahren kann, sind folgende Zulagen vorgesehen: 5 DM bei Renten bis zu 25 DM, 7,50 DM bei Renten von mehr als 25 bis zu 35 DM, 10.— DM bei mehr als 35 bis zu 45 DM, 12,50 DM bei mehr als 45 bis zu 55 DM, 15.— DM bei mehr als 55 bis zu 65 DM, 17,50 DM bei mehr als 65 bis zu 75 DM, 20.— DM bei mehr als 75 bis zu 85 DM und 22,50 DM bei Renten von mehr als 85 bis zu 95 DM monatlich.

Die Zulagen steigen um 2,50 DM monatlich für jede weitere der in Stufen von 10 DM monatlich fortschreitenden Rentengruppen. Bei der Bemessung der Zulagen ist von den Renten ohne Kinderzuschüsse auszugehen. Zu den Kinderzuschüssen wird eine Zulage von 5 DM monatlich für jedes zuschuberechtigete Kind gewährt.

In den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten werden die Zulagen nur insoweit gewährt, als sie denjenigen Teil der Zuschläge nach den Vorschriften des § 1 des Sozialversicherungsanpassungsgesetzes vom 17. Juni 1949 übersteigen, der zur Auffüllung der Renten auf die in den bezeichneten Vorschriften genannten Mindestbeträge erforderlich ist.

Der Bundestag stimmte ferner der Forderung des Bundesfinanzministers auf 31,3 Prozent der Löhneerhöhungen aus den Einkom-

men- und Körperschaftsteuern für den Bund im Rechnungsjahr 1951 zu. Der Bundesrat will nur etwa 25 Prozent bewilligen. Ein Vermittlungsvorschlag der SPD, sich auf 28 Prozent zu einigen, wurde unter Hinweis auf die prekäre Finanzlage des Bundes von der Mehrheit des Hauses abgelehnt. Das Gesetz über die Inanspruchnahme der Löhnerhöhungen durch den Bund wurde vom Plenum in dritter Lesung angenommen.

FDP will Altmieten erhöhen

Die FDP will den beiden anderen Regierungsparteien im Bundestag vorschlagen, in einem gemeinsamen Antrag für eine Erhöhung der Altmieten einzutreten. Das Bundesministerium für den Wohnungsbau soll diese Initiative nach Mitteilung der FDP bereits begrüßt haben. Zuständig für eine Lockerung des Preisstopps ist das Wirtschaftsministerium. Vor allem soll die unterschiedliche Behandlung der Mieten und Mieter gewerblicher Räume beseitigt werden. Diese richtet sich heute noch danach, ob das Gebäude vor oder nach dem 31. März 1934 erbaut wurde. Auch die übrigen Mieten in den Altbauhäusern sollen wenigstens teilweise an die Mieten in den zwischen den beiden Weltkriegen mit öffentlichen Förderungsmitteln erstellten Gebäuden angeglichen werden.

Bundesrat billigt Beamtengehälter

Der Bundesrat stimmte der Erhöhung der Gehälter für Beamte und Richter des Bundes um 20 Prozent zu. Die sechszehntige Gehaltskürzung wird gleichzeitig aufgehoben. Die Zulage wird mit Wirkung vom 1.4.1951 gewährt. Planmäßige und außerplanmäßige Beamte mit einem Grundgehalt unter 230 DM sollen einen nach dem Gehalt gestaffelten Zuschlag erhalten. In einer Neuordnung des Versorgungsrechts wird endgültig entschieden werden, ob diese Zulagen ruhegehaltfähig sind.

Bei dem vom Bundestag bereits gebilligten Änderungsgesetz des Gewerbesteuerrechts wird sich der Vermittlungsausschuß einschalten, da der Bundesrat den vom Bundestag beschlossenen Änderungen nicht zugestimmt hat. Der Bundesrat verlangt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage sowie die Berücksichtigung von Weihnachtsumwendungen bei der Lohnsumme.

Die Regierungsvorlage über das Gesetz zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligung wurde gebilligt. Dagegen wurde ein bayerischer Antrag, die von Ländern bereits verwalteten Reichsvermögen der Landesverwaltung ganz zu überstellen, abgelehnt.

Die Welt blickt nach Kaesong

Alles für Verhandlungen vorbereitet - Neuer chinesischer Aufmarsch

Tokio (UP). Die beiderseitigen Vorbereitungen für den Beginn der Vorverhandlungen über die Feuer Einstellung in Korea sind abgeschlossen. Die letzten Vereinbarungen über die Fahrten der beiderseitigen Parlamentäre wurden durch einen Austausch von Funkbotschaften getroffen. Jede Seite verpflichtet sich, den Vertretern der anderen Partei sicheres Geleit nach Kaesong zu gewähren, wo am Sonntag die Verhandlungen im Rathaus beginnen werden.

Zahlreiche Pressevertreter sind in Seoul eingetroffen, um über die Verhandlungen zu berichten. Ihnen wurde mitgeteilt, daß sie sich in Richtung auf Kaesong nur bis zum Imjin Fluß begeben können und daß der Zutritt nach Kaesong verboten ist.

An der gesamten Front herrschte vollkommene Ruhe. Nur die Luftstreitkräfte setzten in beschränktem Umfang ihre Tätigkeit über Nordkorea fort. Feindliche Lager und Flugplätze sowie andere militärische Ziele wurden bombardiert.

Inzwischen haben die Flieger eine auffällige Tätigkeit in Nordkorea festgestellt. Wie in militärischen Kreisen verlautet, sollen nördlich des „Eisernen Dreiecks“ Chorwon — Kumhwa — Pyongyang etwa 350.000 Mann chinesischer Truppen konzentriert sein, die Vorbereitungen für einen Angriff treffen. Sie sind in einer Entfernung von drei Tagesmärschen von der Front stationiert. Die Kommunisten sollen die Absicht haben, zwischen dem 15. und 25. Juli eine neue Offensive zu beginnen, falls die Verhandlungen zu keinem Erfolg führen. In Kreisen der UN wird jedoch angenommen, daß bis Ende der nächsten Woche ein Waffenstillstandsabkommen in Kraft tritt.

Iran beschuldigt den Haager Gerichtshof

Militärparade in Abadan - Kommunistische Demonstration in Teheran

Teheran (UP). Vor 100.000 Zuschauern fand in der Oststadt Abadan eine große Parade persischer Truppen statt, die mit amerikanischen Granatwerfern, Maschinengewehren, Haubitzen, Panzerwagen und leichten Tanks ausgerüstet waren.

Beobachter glauben, in der Parade, die offiziell zur Feier der Beendigung des Fastenmonats Ramadan stattfand, die Antwort Teherans auf den Entscheid des Haager Gerichtshofes zu erkennen.

Die Richter, die dafür gestimmt haben, Großbritannien zwischenzeitliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ölstreik zu gestatten, wurden von einem Mitglied der irischen Oikommision in den Haag beschuldigt, sie seien „nicht neutral gewesen und hätten sich vielleicht von politischen Erwägungen leiten lassen, oder unter britischem Einfluß gehandelt“. Shayegan erklärte, der Beschluß des Gerichts sei null und nichtig. Iran werde fortfahren, die Verstaatlichung der Ölindustrie zu betreiben. Er spreche zwar nicht im Namen seiner Regierung, aber im Namen des iranischen Volkes. Er werde sei-

ner Regierung raten, ihre Unterschrift unter das Abkommen zurückzuziehen, mit dem Iran im Jahre 1933 die Jurisdiktion des Internationalen Gerichtshofes anerkannt habe.

Berichte aus Teheran, wonach die Regierung das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes nicht beachten will, haben in London beträchtliche Unruhe ausgelöst. Britische Regierungskreise fürchten, daß andere Länder des Nahen und Mittleren Ostens, vor allem Ägypten, durch das iranische Beispiel ermüdet ihre Verträge mit Großbritannien aufzukündigen und damit die Sicherheit des gesamten Westens untergraben könnten.

Beachtlich ist in diesem Zusammenhang die Feststellung der „New York Times“, daß der Entscheid des Internationalen Gerichtshofes im britisch-persischen Disput nur beratenden Charakter habe, da das Gericht über keinerlei Vollmachten verfüge. Die Frage laute nunmehr, ob der Interimsentscheid von Den Haag die Ereignisse aufhalten könne, die jetzt in schnellem Tempo auf ein Unglück zutreiben.

19 Personen, einschließlich eines Polizisten, wurden bei Zusammenstößen während einer pro-kommunistischen Parade in Teheran verletzt. Fünfzig Personen wurden verhaftet. Die Zusammenstöße ereigneten sich in der Nähe der Botschaften der USA und Großbritanniens, vor denen sofort Polizeiposten zur Bewachung aufgestellt waren.

Stepinac bleibt weiter in Haft

Belgrad (UP). Die jugoslawische Regierung teilte mit, daß die Verhandlungen zwischen dem Vatikan und ihr über die Freilassung des Erzbischofs Stepinac gescheitert sind. Belgrad hatte der Nuntiatur Anfang Juni offiziell die Freilassung des inhaftierten Erzbischofs von Agram unter der Bedingung angeboten, daß er sofort Jugoslawien verläßt. Der Vatikan hat dieses Angebot abgelehnt.

Stepinac war im Jahre 1945 verhaftet und 1947 zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er mit der kroatischen Regierung Ante Pavelic zusammengearbeitet und Hochverrat begangen haben sollte.

Japans Friedensvertrag wird in der ersten Woche des September in San Franzisko unterzeichnet, erklärten Beamte des US-Außenministeriums.

Jakob Malik, der Sowjetdelegierte bei den UN ist mit seiner Familie an Bord des schwedischen Schiffes „Gripsholm“ nach Göteborg abgereist. Er begibt sich zu einem längeren Urlaub nach der Sowjetunion.

Der General der Fallschirmjäger, Rameck, wurde von einer großen Menschenmenge auf dem Bahnhof seiner Vaterstadt Schleswig begrüßt. Unter dem Jubel der Menge trugen ihn ehemalige Fallschirmjäger auf ihren Schultern nach seiner Wohnung.

Verurteilt, aber freigelassen

Straßburg (UP). Ein französisches Militärgericht verurteilte fünf von sechs ehemaligen Gestapobeamten aus Mühlhausen zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Da die Untersuchungen angerechnet wurden, sind sie jetzt auf freien Fuß gesetzt worden. Der ehemalige Gestapochof Armand Scheurig wurde schuldig befunden, illegale Beschlagnahmen vorgenommen, Foltermethoden angewandt und Verbindung mit Verbrechern aufgenommen zu haben. Er wurde zu sechs Jahre Zuchthaus verurteilt und erhielt ein zehnjähriges Aufenthaltsverbot für Frankreich. Die Angeklagten Otto Pfleger, Eugen Dolker und Lois Paskner erhielten je fünf, Jakob Bauer zwei Jahre Gefängnis. Sie waren des vorsätzlichen tätlichen Angriffs und der Verbindung mit Verbrechern für schuldig befunden worden. Otto Dinger wurde freigesprochen.

USA kündigen Verträge mit Oststaaten

UdSSR soll sofort 627 Schiffe zurückgeben

Washington (UP). Die USA gaben bekannt, daß sie ihre Handelsabkommen mit der Sowjetunion, Rumänien und Bulgarien kündigen wollen. Das Abkommen mit der Sowjet-Union, das eine sechsmonatige Kündigungsfrist vorsieht, wird demgemäß am 23. Dezember außer Kraft treten, das mit Rumänien bereits innerhalb von 30 Tagen und das mit Bulgarien innerhalb von drei Monaten. Gleichzeitig hat die US-Regierung Ungarn und Polen aufgefordert, sich mit gewissen Abänderungen der mit ihnen abgeschlossenen Handelsabkommen einverstanden zu erklären, anderenfalls diese ebenfalls beendet werden.

Die US-Regierung hat die Sowjetunion zum dritten Mal aufgefordert, 627 Schiffe sofort zurückzugeben, die ihr unter dem Leih- und Pachtabkommen zur Verfügung gestellt wurden. Gleichzeitig wurde die UdSSR zum zweitenmal ersucht, sich in Zusammenhang mit der Bezahlung von westen unter dem Leih- und Pachtabkommen von den USA erhaltenen Gütern einem Schiedsspruch zu unterwerfen.

US-Senatoren auf Europareise

Neun Mitglieder des Außenpolitischen Senatsausschusses sind nach Europa abgereist, um an Ort und Stelle den weiteren Bedarf Westeuropas an amerikanischer Unterstützung zu prüfen. Sobald diese Abordnung zurückkehrt, ist, will der Außenpolitische Ausschuß mit der Befragung von Sachverständigen über das neue Auslandshilfsprogramm der Regierung beginnen, das Ausgaben in Höhe von 8,5 Milliarden vorsieht. Die Senatoren besuchen Paris, London, Madrid, Athen, Ankara, Rom und den US-Truppenübungsplatz Grafenwöhr in Bayern.

Kapitulation 6 Jahre nach Kriegsende

Tokio (UP). 20 japanische Soldaten, die nicht an die Niederlage Japans glaubten und auf einer Insel im Pazifik sechs Jahre lang auf eigene Faust weiter Krieg gegen die Amerikaner führten, kehrten in ihre Heimat zurück. Faszinoslos starrten sie auf die Spuren der Luftangriffe, auf die Fahrzeuge, Straßenschilder und Einrichtungen der US-Besatzungstruppen und das freundliche Nebeneinander von Besiegten und Eroberern. Erst vor zehn Tagen hatten diese letzten japanischen Kämpfer sich ergeben, nachdem sie sich endlich hatten überzeugen lassen, daß der Krieg vorüber ist. Sie wurden von ihrer unwirtlichen Insel abgeholt und in einer Kaserne auf Guam untergebracht, wo die US-Marinetruppen sie als Gäste empfangen und großartig bewirteten.

Oma bekommt neue Zähne

Vor zehn Jahren mußte die Witwe Anna Grabner in Graz einen guten Teil ihrer künftigen Pension opfern, um sich ein neues Gebiß zuzulegen. Jetzt an ihrem 82. Geburtstag wart sie das schöne Gebiß fort, da ihr neue Zähne wachsen. Schon acht neue Zähne haben nämlich ihren betagten Kiefer durchbrochen. Die Ärzte sind der Ansicht, daß ihr ein vollständig neues Gebiß wachsen wird.

Politische Wagen mit Stern

Einige Republikaner, die ihre „politischen Wagen an den Stern General MacArthurs gekoppelt haben, werden bald wünschen, sie könnten diesen wieder abhängen“, sagte der republikanische Senator Wayne Morse. — Wenn dabei nur kein astronomisches Unglück passiert...



Prof. Erhard in den USA
Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard flog nach Washington. Er will dort mit maßgebenden Persönlichkeiten der US-Regierung über die künftige Rolle der Wirtschaft der Bundesrepublik in der westlichen Verteidigung sprechen.

Umschau in Karlsruhe

Verfassungsgericht wird eröffnet

Festlichkeiten am 16. Juli in Karlsruhe
Karlsruhe (Iwb). Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird am Montag, 16. Juli, mit einem Festakt im Badischen Staatstheater offiziell eröffnet.
 An der Eröffnungsfestlichkeit werden unter anderem Bundespräsident Prof. Dr. Heuss, Bundeskanzler Dr. Adenauer, Bundesjustizminister Dr. Dehler und der württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Maier teilnehmen. Im Anschluß an den Festakt gibt der Bundesjustizminister einen Empfang. Am Abend werden die Persönlichkeiten, die den Eröffnungsfestlichkeiten beiwohnen, Gäste der Stadt Karlsruhe sein.
 Das Bundesverfassungsgericht wird zunächst im früheren Dienstgebäude des nordbadischen Landesbezirkspräsidenten tagen, weil die Aushubarbeiten des Prinz-Max-Palasts, dem künftigen Sitz des Bundesverfassungsgerichts, erst am 1. August beendet werden.

Landesamt für Verfassungsschutz arbeitet

Karlsruhe (Iwb). Das Landesamt für Verfassungsschutz in Württemberg-Baden hat vor kurzem seine Tätigkeit in Stuttgart aufgenommen. Die Geschäfte werden vorläufig vom stellvertretenden Leiter Dr. Neubinger geführt. Dem Landesamt haben alle Behörden und Dienststellen des Landes auf Anforderung Auskünfte und Unterlagen zu übermitteln. Darüber hinaus sind dem Landesamt unaufgefordert alle Informationen über verfassungsfremde Bestrebungen und Umtriebe bekanntzugeben.

DG-BHE beklagt sich über geringe Publizität

Karlsruhe (Iwb). Der Landesgeschäftsführer der DG-BHE in Württemberg-Baden, Fischer (Stuttgart), beklagte sich in einer öffentlichen Versammlung in Heidelberg darüber, daß die positive Arbeit der DG-BHE im Landtag trotz geschwiegen werde. Die „Garnitur-Versäcker-Parteien des Jahres 1953“, die im Jahre 1953 mit Hilfe der Besatzungsmächte in die Macht gekommen seien, wachen eifrig darüber, daß keine andere politische Gruppe Einfluß gewinne. Diese Parteien seien auch an der gegenwärtigen Vertrauenskrise der Demokratie in Deutschland schuld.

Ostdeutsche Landsmannschaften tagen

Karlsruhe (Iwb). Mit einer Veranstaltung unter dem Motto „Die Einheit des deutschen Geistes“ tritt die Arbeitsgemeinschaft Württemberg-Baden der Vereinigung Ostdeutscher Landsmannschaften am Samstag in Stuttgart zum erstenmal vor die Öffentlichkeit. Auf der Veranstaltung sprechen unter anderem Dr. Schreiber vom Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen, der Vorsitzende der deutschen Sektion, des Penklubs, Professor Dr. H. Friedmann und Ministerialdirektor Dr. Franz vom württemberg-badischen Kultusministerium. Die Veranstaltung findet um 19.30 Uhr im Lindenmuseum am Hegeplatz statt.

„Polizei darf kein Wehrmachtsteil werden“

Karlsruhe (Iwb). Der Vorsitzende des Betriebsräteausschusses der nordbadischen Landespolizei, Kommissar Lind, sagte auf einer Betriebsrätevollversammlung der Landespolizei Nordbaden in Karlsruhe-Durlach, die heutige Polizei dürfe nicht in die Fußstapfen der früheren Polizei treten. Lind forderte ferner eine bessere Bezahlung für die Landespolizeibeamten. Regierungsrat Gericke (Karlsruhe) teilte mit, daß in Nordbaden bis zum Oktober zwei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei aufgestellt sein würden. Bereits Ende Juli würden die ersten Einberufungen zur Bereitschaftspolizei erfolgen. Kommissar Lind wurde einstimmig zum Vorsitzenden des Betriebsräteausschusses der nordbadischen Landespolizei wiedergewählt.

Professor Dr. H. Hausrath 75 Jahre alt

Karlsruhe. Am 12. Juli feiert der frühere a.o. Professor für Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Karlsruhe Dr. Herbert Hausrath seinen 75. Geburtstag. Er wurde in Heidelberg geboren und hat von 1903 an der Technischen Hochschule Karlsruhe gehört, seit 1907 hat er Vorlesungen und Übungen auf dem Gebiet der Schwachstromtechnik abgehalten, die 1921 durch eine neue Studien- und Prüfungsordnung neben Starkstromtechnik und Lichttechnik eine selbständige Fachrichtung im Studium der Elektrotechnik an der TH Karlsruhe geworden ist; lange Jahre war er Leiter der Abteilung Schwachstromtechnik des Elektrotechnischen Institutes. Prof. Hausrath war ursprünglich ein Schüler Nernsts, daher lag seine wissenschaftliche Arbeit zuerst auf dem Gebiet der physikalischen Chemie. Auf dieser Grundlage gelang ihm die Erfindung des Kupferoxydulgleichrichters, der selber in der gesamten Elektrotechnik eine außerordentliche Bedeutung gefunden hat. Die Erfindung wurde während des ersten Weltkrieges gemacht;

diese Umstände erklären es, daß die Priorität später an amerikanische Erfinder verloren gegangen ist. Auch auf zahlreichen anderen Gebieten haben die Ideen und die Arbeiten Hausraths zu neuen Erkenntnissen oder zu praktischen technischen Fortschritten geführt; es seien hier nur beispielsweise herausgegriffen das Prinzip des thermokraftfreien Kompensators, die Pollethermolemente und der Wälzkernmagnet. Prof. Hausrath lebt gegenwärtig in Karlsruhe. Viele Schüler, darunter zahlreiche ehemalige Doktoranden, denken an diesem Tag an den unermüdeten und ideenreichen Lehrer und Forscher.

Im Badischen Kunstverein Karlsruhe

Waldstraße 3, wird am Sonntag, 8. Juli, vormittags 11 Uhr eine Ausstellung von Werken der Trübner-Schüler eröffnet. Die Ausstellung ist geöffnet: täglich von 10 bis 17 Uhr, sonntags 11 bis 13 Uhr, montags geschlossen.

Aus der badischen Heimat

Lebenslänglich Zuchthaus für Heiler

Pforzheim (Iwb). Das Schwurgericht Karlsruhe verurteilte in Pforzheim den 33-jährigen Kraftfahrer August Heiler wegen Mordes und schweren Raubes zu lebenslänglichem Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden Heiler für Lebenszeit aberkannt. Heiler hatte am 30. Januar dieses Jahres auf einer Landstraße bei Pforzheim den Altmittelhändler Karl Kammeter ermordet und beraubt. Der Verurteilte bestritt in seinem Schlusswort Kammeter vorsätzlich getötet zu haben, und bat um Gnade.

Die Durchführung des FDJ-Verbots

Stuttgart (Iwb). Das württemberg-badische Innenministerium hat den Polizeidienststellen des Landes nähere Anweisungen zur Durchführung des am Donnerstag verfürgten Verbots der FDJ erteilt. Die Polizeidienststellen sind angewiesen worden, die Heime der FDJ zu schließen. Das Vermögen der Organisation kann auf Grund der Statuten liquidiert werden. Beschlagnahmungen werden erst verfügt, wenn ein Verstoß gegen das Verbot vorliegen sollte.

Die Öffentlichkeit wird vom Innenministerium darauf hingewiesen, daß jede Beteiligung für die FDJ sowie jede Förderung und Unterstützung der Ziele dieser aufgetretenen Vereinigung untersagt ist. Zuwiderhandelnde setzen sich strafrechtlicher Verfolgung aus. Fahrzeughalter und Omnibusunternehmer, die der FDJ ihre Fahrzeuge zur Verfügung stellen, müssen mit deren Beschlagnahme rechnen. Das Innenministerium weist besonders darauf hin, daß einer etwaigen Anfechtungsklage gegen das Verbot der FDJ auf Grund des Verwaltungsgerichtsgesetzes die aufschlebende Wirkung im öffentlichen Interesse versagt werde.

Apotheker-Gesetzentwurf gebilligt

Stuttgart (Iwb). Der Wirtschaftsausschuß des württemberg-badischen Landtags stimmte dem Gesetzentwurf des Innenministeriums über die Zulassung neuer Apotheken zu Nach dem Entwurf sollen neue Apotheken künftig nur in dem Umfang zugelassen werden, wie es für die reibungslose Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten notwendig ist. Die Genehmigung einer neuen Apotheke soll durch das Innenministerium erfolgen.

Kreuz und quer durch Baden

Pforzheim. Ein 45 Jahre alter Mann wurde mit schweren Vergiftungsschmerzen ins Krankenhaus eingeliefert, wo er bald darauf starb. Als Todesursache konnte eine Alkoholvergiftung festgestellt werden. (SWK)

Pforzheim. Eine 44jährige Frau, die schon seit längerer Zeit gemütskrank war, schied an einem der letzten Abende durch Erhängen aus dem Leben. (SWK)

Heidelberg. Ein 19jähriges Mädchen

wurde durch einen erkrankten Hund unter einer Zimmertür, die schon längere Zeit an Schwermütanfällen. (SWK)

Wehr. Nachts wurde in einem Kaufhaus in Wehr die Glasscheibe der Ladentür herausgeschossen und größere Warenmengen entwendet. (Iwb)

Mannheim. Wegen vollendeter Blutschande in Tateinheit mit Notzucht, begangen an seinen beiden Töchtern im Alter von 15 und 16 Jahren, verurteilte die hiesige Strafkammer einen Vater von 11 Kindern zu zwei Jahren und drei Monaten Zuchthaus und dreijährigem Ehrverlust. (SWK)

Weizen. Beim Orgelspiel merkte der Organist von Weizen, daß die Register nicht den üblichen Klang hatten. Bei näherem Hinsehen stellte er fest, daß 42 Metallpfeifen von Altmaterialien entwendet worden waren. (Iwb)

Säckingen. Eine ältere Bäuerin aus Hünen, welche mit ihrem Heugespann einem Auto ausweichen wollte, rutschte aus und geriet unter die Räder des Wagens. Ihren schweren Verletzungen erlag sie kurz nach dem Unfall im Krankenhaus. (SWK)

Baden-Baden. Delegierte aller Ortsgruppen der Bergwacht Schwarzwald tagen am kommenden Sonntag in Baden-Baden. Fragen des Natur- und Pflanzenschutzes bilden den wesentlichen Inhalt der Tagesordnung. (Iwb)

Konstanz. Der badische Landeswetterdienst hat gemeinsam mit der Bundesbahn ab 1. Juli 1951 in Konstanz eine Wetterberatungsstelle eingerichtet. (Iwb)

Aus den Nachbarländern

Schäferhündin tötete Löwenbaby

Stuttgart (Iwb). Als eine schlechte Pflegemutter hat sich die Schäferhündin „Alfa“ erwiesen, die in Stuttgart vor einigen Tagen als Amme für zwei Löwenbabys ausgewählt worden war. Einer der beiden kleinen Löwen ist jetzt von seiner Amme so schwer geblieben worden, daß er starb. Das zweite Löwenbaby wurde leicht verletzt. Die Hündin Alfa wurde sofort aus dem Tierpark der „Wilhelma“, wo das Unglück geschah, entfernt. Der letzte der ursprünglich drei Löwenjungen — einer davon war kurz nach seiner Geburt von der Mutter aufgefressen worden — muß nunmehr mit der Flasche aufgezogen werden.

Angeherrter Bürgermeister erregt Anstoß

Faurndau, Kreis Göppingen (Iwb). Der Gemeinderat von Faurndau hat jede weitere Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister abgelehnt. Beim Landratsamt Göppingen wurde die Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen den Bürgermeister beantragt. Der Gemeinderat begründet seine Beschlüsse damit, daß der Bürgermeister zu zwei Gemeinderatsitzungen in angeheiterem Zustand erschienen sei. Er befindet sich zur Zeit zu einer Kur in der Universitätsklinik in Heidelberg.

Wormser Massenerkrankung klingt ab

Worms (Iwb). Die Massenerkrankung in Worms, die durch den Genuß von verdorbenen Speiseeis verursacht worden war, klingt langsam ab. Die Zahl der Erkrankungen, die von Sonntag bis Mittwoch auf annähernd 500 gestiegen war, ist in den letzten 24 Stunden zurückgegangen. Aus den Krankenhäusern konnten fast alle eingelieferten Personen entlassen werden. Die Ermittlungen der Gesundheitsbehörden haben ergeben, daß durch einen menschlichen Bakterienträger Erreger der Para-Typhus-Gruppe in eine Wormser Eisdiele eingeschleppt worden waren. Das Rohmaterial, das in der Eisdiele verarbeitet wurde, befand sich in einwandfreiem Zustand.

Betriebsrat beleidigt 17 Personen

Ludwigshafen (Iwb). Wegen Beleidigung in 17 Fällen hatte sich ein 40 Jahre alter Betriebsrat der Pfalzwerke A. G. vor dem Ludwigshafener Schöffengericht zu verant-

worten. Er hatte in Hetzreden und Briefen die Bundesregierung, den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, den Vorsitzenden des Bezirkstages Pfalz, Bögler, der gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Pfalzwerke ist, ferner einen Gewerkschaftssekretär, die Direktion und den Betriebsrat der Pfalzwerke sowie noch einige andere Personen und Stellen beleidigt und unwahre Behauptungen über sie aufgestellt. Die meisten seiner „Opfer“ bezichtigte er unläutender Mächenschaften und der Beeinflussung von Zeugen in einem gegen ihn laufenden Prozeß. Er fand sich in der Verhandlung schließlich bereit, alle unwahren Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen. Die Nebenkläger gaben sich daraufhin mit einem Vergleich zufrieden, den der Vorsitzende, vor allem mit Rücksicht auf die Familie des Angeklagten, angetregt hatte.

Germerheim. Ein 21jähriger Mann aus Germerheim fiel aus bisher ungeklärten Gründen aus seinem Paddelboot in den Rhein und ertrank, ehe seine Mitfahrerinnen ihm helfen konnte. (Iwb)

Das dreitausendjährige Kaesong

Nationales Heiligtum Koreas — Vorsicht mit General Peng
 Kaesong, das jetzt als Ort der Waffenstillstandsverhandlungen in aller Mund ist, war eine der ersten unter den größeren Städten Südkoreas, die am jenem Juni-Morgen vor einem Jahr von den Nordkoreanern erobert wurde. Seither hat die Stadt nur einmal den Besitzer gewechselt und ist eine unheimliche Niemandstadt geblieben. Denn ihre Lage ist ohne strategische Bedeutung, und es ist nur eine einzige Mal direkt um die Stadt gekämpft worden. Die nordkoreanischen Verbände haben Kaesong den ganzen Krieg über behaupten können, obgleich amerikanische Patrouillen Nacht für Nacht in die Stadt eindringen. Die Teilnehmer der Stoßtruppe, die in der Stadt selbst waren, berichten, daß Kaesong viel weniger beschützt ist, als man eigentlich erwartet hatte. Die Stellungen der Nordkoreaner verlaufen 4 km von der Stadt entfernt, entlang des 38. Breitengrades. Es ist nicht anzunehmen, daß das mit Rücksicht auf Kaesong geschah, sondern es waren wohl praktische Gründe dafür ausschlaggebend. Auch die amerikanische Luftwaffe hat die Stadt geschont, und sie lag in den dunklen Nächten wie eine Dornröschenstadt in tiefem Schlaf, nur erhellt von den gewaltigen Explosionen an der nahen Front und dem Schein der Leuchtraketen, wenn die Flugzeuge dröhnend ihre Angriffe flogen.

Kaesong ist eine der reichsten Städte Koreas. Die Altstadt, von einer mächtvollen Steinmauer umgeben, ist schön und malerisch. Große Teile der Stadtmauer lagen schon in Ruinen, als der Korea-Krieg begann, aber die alten Stadttore erzählen von der Größe und der Kultur der Vergangenheit. Im Gegensatz zur Altstadt ist der neue Teil Kaesongs, der außerhalb der alten Stadtmauer liegt, aus Holz gebaut, und hier sind die Zerstörungen sehr schwer. Südkoreanische Partisanen haben hier zahllose Störangriffe geführt und einige gepenst in den Himmel ragende verkohlte Balken sind alles, was von den Holzhäusern übrig blieb.

Man schätzt das Alter Kaesongs auf dreitausend Jahre, und ebenso lange war es Koreas Hauptstadt (bis die Japaner, als Korea 1910 eine japanische Provinz wurde, Seoul zur Hauptstadt machten). Deshalb wird Kaesong als ein nationales Heiligtum betrachtet, als der traditionsreichste Ort des ganzen Landes. Das ist wohl auch der Grund, warum die Nordkoreaner diese Stadt als Schauplatz der Waffenstillstandsverhandlungen vorschlugen.

Nun ist Kaesong über Nacht Gegenstand des Interesses der ganzen Welt geworden. Hier werden die Abgesandten der kämpfenden Parteien die Verhandlungen über den Waffenstillstand beginnen. Das Verhandeln wird den Amerikanern bestimmt nicht leicht werden. General Peng, der im Namen der chinesischen „Freiwilligen“-Verbände die Verhandlungen leiten soll, ist ein guter Kenner der Amerikaner und der amerikanischen Mentalität. Es ist nicht das erste Mal, daß er sich mit Vertretern der westlichen Welt an einen Verhandlungstisch setzt. Als General Marshall einst versuchte, eine Einigung zwischen Tschiang Kai Schek und dem roten Mao herbeizuführen, wurde Mao von General Peng vertreten. Amerikanische Journalisten, die damals dabei waren, beschrieben ihn als einen zähen und tüchtigen Unterhändler, der die ganze Skala der asiatischen Verhandlungstaktik beherrscht.

Es erscheint in diesem Zusammenhang auch bedeutsam, daß gerade Kaesong der Schauplatz der Besprechungen sein wird. Denn schon bei den Verhandlungen mit Dschingis Khan erwies sich die Bewohner dieser Stadt als äußerst geschickte Verhandlungspartner. Und den Ruf als zähe Unterhändler und ausgesprochen gerissene Geschäftsleute haben sie sich durch die Jahrhunderte hindurch bewahrt.

Martin Boor.

Um die Belange der Wasserwirtschaft

Bund, Länder und Gemeinden mögen in ihren Haushalten für die Belange der Wasserwirtschaft Mittel bereitstellen, die der für das Leben unseres Volkes ausschlaggebenden Bedeutung dieses Teils der Wirtschaft entsprechen. Dies ist der wesentliche Inhalt einer Entschließung, die auf einer gemeinsamen Tagung des Südwestdeutschen Wasserwirtschaftsverbandes und des Südwestdeutschen Kanalvereins für Rhein, Donau und Neckar Landesgruppe Baden, in Baden-Baden gefaßt wurde.

Die Aufteilung der wasserwirtschaftlichen Aufgaben auf vier Bundesministerien sei nicht zweckmäßig, erklärte der Vorsitzende des Südwestdeutschen Wasserwirtschaftsverbandes, Regierungsbaumeister DRG, Vorstandsmittglied der Schluchsee-Werke A.G., Freiburg. Es sei vielmehr erwünscht, daß die Angelegenheiten der Wasserwirtschaft, solange sie nicht wie in anderen Ländern bei einem technischen Ressort, etwa einem Ministerium für öffentliche Arbeiten, zusammengefaßt seien, vom Bundesinnenministerium wahrgenommen würden.

Der Südwestdeutsche Kanalverein, Landesgruppe Baden, tritt, wie der Leiter der Wasserwirtschaftsverwaltung im Landesbezirk Baden von Württemberg-Baden, Oberregierungs- und Baurat W. Koch, Karlsruhe, ausführte, u. a. dafür ein, daß der Rhein in allen seinen Teilen der deutschen Binnenschiffahrt zugänglich gemacht wird. Der Redner erwähnte in diesem Zusammenhang die zum 15. September zu erwartende Freigabe des Kehler Hafens für die deutsche Schifffahrt. Der Südwestdeutsche Kanalverein setze sich auch für den Ausbau des Hochrheins als Wasserstraße und zur Wasserkraftgewinnung ein.

MAGGI'S SUPPEN
 Viele gute Sorten

In alter Güte-
 oder billiger?

MAGGI
 bleibt bei Qualität!

Wer Qualität kauft, kauft besser!

Wirtschafts-Nachrichten

Margarine soll 2,84 DM kosten

Der Verbraucherspreispriß für Margarine soll auf 2,84 DM je Kilogramm heraufgesetzt werden. Eine entsprechende Verordnung hat die Bundesregierung dem Bundesrat zur Stellungnahme zugestellt. Diese Preiserhöhung erfolgte im Zusammenhang mit dem bereits im April von der Bundesregierung bekanntgegebenen Programm zur Stabilisierung der Wirtschaft.

Ablieferung ausländischer Wertpapiere

Die alliierte Hochkommission lehnte ein Ersuchen der Bundesregierung ab, die Ablieferungspflicht ausländischer Wertpapiere und Devisen aufzuheben. In einer entsprechenden Vereinbarung wird darauf hingewiesen, daß die Ablieferung keine neue Ausweitung des Reparationsprogramms darstellt, sondern eine Phase des Vollzugs internationaler Abkommen sei, die schon lange in Angriff genommen worden seien.

Die in Deutschland befindlichen Vermögenswerte seien nach Ansicht der alliierten Behörden lediglich Bescheinigungen über im Ausland befindliche Vermögensrechte, über welche die ausländischen Staaten bereits verfügt haben oder zumindest berechtigt sind, zu verfügen. Die Vermögenswerte sind zum großen Teil bei den Landeszentralbanken deponiert und werden auf Anweisung der Besatzungsbehörden an das Ausland abgeliefert, obwohl der Bundeskanzler um Einstellung dieser Maßnahmen gebeten hatte.

Dem Bundestag liegt eine Interpellation der FDP zur Beratung vor, in der festgestellt wird, daß der Wert der durch den Abtransport gefährdeter Wertpapiere auf 1,3 Milliarden DM geschätzt wird. In der Interpellation wird die Bundesregierung gefragt, welche Schritte sie unternommen habe, um gegen diesen „völkerrechtswidrigen Eingriff“ der Besatzungsbehörden vorzugehen.

Anmeldung von Kriegsschäden noch nicht akut

Ein Anmeldegesetz für Kriegsschäden als Vorläufer zum Feststellungsgesetz soll nun doch nicht herausgegeben werden, gab die FDP-Bundestagsfraktion bekannt. Hiervon sei auf Wunsch der Vertriebenen-Organisationen Abstand genommen worden. Ursprünglich war beabsichtigt, ein solches Anmeldegesetz möglichst vor den Parlamentsferien im Bundestag durchzubringen.

Bonn lehnt Gläubiger-Entscheidung ab

Die drei Hochkommissare in der Bundesrepublik beabsichtigen, der Bundesregierung die Verpflichtung aufzuerlegen, die zwischen der Schweiz, Frankreich, Großbritannien und den USA ausgearbeiteten Vorschläge über die Liquidierung der deutschen Vermögenswerte in der Schweiz durchzuführen, wurde in Washington bekanntgegeben. Danach sollen alle deutschen Guthaben bis zu 10 000 Schweizer Franken völlig freigegeben und von allen darüber hinausgehenden Beträgen die gleiche Summe von der Liquidation ausgenommen werden. Die Entscheidung der deutschen Gläubiger für die dann noch verbleibenden Beträge wollte man der Bundesregierung übertragen. Wie verlautet, habe die Bonner Regierung den US-Hochkommissar wissen lassen, daß sie die Vorschläge für die Entscheidung der Gläubiger nicht durchführen könne. Als Gründe werden angegeben: 1. könnten die für die Entscheidung benötigten Gelder wahrscheinlich nur durch neue Steuern aufgebracht werden, 2. sei die Bundesregierung bemüht, keinen Präzedenzfall zu schaffen, auf Grund dessen andere deutsche Gläubiger vom Bund ebenfalls eine Entscheidung für ihre in anderen Ländern durch den Krieg verloren gegangenen Vermögenswerte verlangen würden.

Streik trotz Senkung der Treibstoffpreise

Die Kutterfischer sind im gesamten Bundesgebiet aus Protest gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise in ihrem angekündigten Streik getreten, obwohl Bundesernährungsminister Niklas in Hamburg angekündigt hatte, die Bundesregierung wolle den Treibstoffpreis für die Kutter und Küstenfischer von 470 DM auf 180 DM je Tonne herabsetzen. Die Streikenden wollen nicht mehr als 120 DM pro Tonne bezahlen. Wie aus Kiel verlautet, haben die Behörden der Sowjetzone seit Bekanntwerden der Protestaktion ihre Bemühungen verstärkt, die westdeutschen Fischer zu bewegen, ihren Bedarf an Treibstoff in ostdeutschen Häfen zu decken. Die Fischer sollen dafür ihre Fänge in der Sowjetzone abliefern.

Automobil-Industrie zur Aufwandssteuer

Maßgebende Kreise der deutschen Automobil-Industrie erklärten in Bonn, nach Einführung der Aufwandssteuer werde die steuerliche Belastung des Kraftverkehrsgewerbes den Gesamtwert der in diesem Jahre im Bundesgebiet zum Verkauf gelangenden deutschen Personenkraftwagen um wenigstens 10 Prozent übersteigen. Die Belastung des gesamten Kraftverkehrsgewerbes, die bereits 1 023 Millionen DM jährlich betrage, dürfe sich nach Einführung der Aufwandssteuer der Autobahnsteuer sowie durch den Wegfall der Vorzugssteuer für Erdöl auf rund 1 300 Millionen DM erhöhen.

Die vielfach kritisierten hohen Bankguthaben der Automobilwerke seien immer schon in diesem Industriezweig üblich und für Neukonstruktionen nötig gewesen. Ein moderner Personenkraftwagen, der auch Exporttauglichkeiten haben

soll, koste dem Werk vor Verkauf des ersten Modells bei großen Serien etwa 80 bis 100 Millionen DM an Neuinvestitionen. Im kommenden Jahre müsse die deutsche Automobilindustrie, vor allem im Hinblick auf den Export, neue Typen herausbringen, die auch ebenso dringend von den Inlandskäufern benötigt würden. Die Einführung einer Aufwandssteuer drohe jedoch zu einer Gefahr für diese Vorhaben zu werden. Diese werde noch durch den Fortfall oder die Einschränkung der Abschreibemöglichkeiten auf Grund der Änderung des 17. des Einkommensteuergesetzes verschärft, da hiermit gleichzeitig die Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt eingeschränkt werde.

DGB gegen zu hohe Handelspannen

Gegen die „zu hohen Handelspannen zwischen Erzeuger und Verbraucher“, vor allem bei Milch-erzeugnissen wendet sich in einer Entschließung der Landesvorstand Württemberg-Baden des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Gewerkschaften stellen fest, daß die vom Bundeswirtschaftsminister angekündigten Preisenkürzungen

im krassen Widerspruch zu den gerade erst eingetretenen Milch-, Butter-, Brot- und Zuckerpreiserhöhungen stünden. In einer weiteren Entschließung fordert der Landesgewerkschaftsvorstand eine Erhöhung der Renten mit Wirkung vom 1. Juli.

Ausfuhrüberschuß erneut angestiegen

Die Bundesrepublik führte im Mai dieses Jahres einschließlich der Ausfuhr von Westberlin für 88 Millionen DM mehr Waren aus als importiert wurden. Der Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik hat sich damit erneut und zwar gegenüber April dieses Jahres um 24 Millionen DM erhöht. Die Einfuhr ermäßigte sich auf 1 074 Millionen DM (1 079 400 000 DM im Vormonat), die Ausfuhr auf 1 162 Millionen DM (1 153 000 000 DM im Vormonat).

Heraufsetzung der Pflichtgrenze gefordert

In einem Schreiben an den Bundesarbeitsminister, an die Fraktionen des Bundestages und den Ausschuß für Sozialpolitik fordert die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft erneut die Heraufsetzung der Krankenversicherungspflichtgrenze. Durch die notwendig gewordene Erhöhung der Nominalgehälter vieler Angestellter über die bisherige Grenze von 375 DM ist insofern eine Verschlechterung der Einkommensteuerverhältnisse der Angestellten eingetreten, als der Verlust des Anspruchs auf die Arbeitgeberanteile der Krankenkassenbeiträge eine Mehrbelastung darstellt.

Anlage von Windschutz-Plantagen

Der schiele-waldsteineische Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Wittenburg, hat die Landesbauernkammer damit beauftragt, für rund 200 000 Hektar windverwehender oder windgefährdeter landwirtschaftlicher Nutzfläche Windschutzplantagen anzulegen. Die Arbeiten sollen im Rahmen eines 20-Jahresplanes erfolgen, für den jährlich rund 2 Millionen Pflanzen vorgesehen sind. Es handelt sich hier um das erste umfassende öffentliche Vorhaben zur Bekämpfung der Bodenerosion im Bundesgebiet.

Stärkere Besteuerung der Genossenschaften

Vergünstigungen sollen teilweise entfallen. Die bisher gewährten steuerlichen Vergünstigungen für bestimmte Gruppen genossenschaftlicher Unternehmen sollen eingeschränkt werden, teilte das Bundesfinanzministerium mit. Eine entsprechende Verordnung zum Körperschaftsteuergesetz habe die Bundesregierung dem Bundesrat mit der Bitte um Zustimmung zugestellt. Im Hinblick auf den steigenden Finanzbedarf des Bundes, der eine Ausschöpfung aller noch vorhandenen Steuerreserven erfordere, und aus Gründen einer gleichmäßigen Besteuerung sei diese Maßnahme notwendig geworden.

Die landwirtschaftlichen Nutzungs-Genossenschaften (z. B. Dresch-, Pflug-, Zuchtgenossenschaften) sollen jedoch auch künftig steuerfrei bleiben, da sie auch heute noch den Gedanken genossenschaftlicher Selbsthilfe im wesentlichen rein verkörpern.

Die landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaften (z. B. Molkerei-, Winzer-, Viehverwertungs-, Eierververwertungsgenossenschaften) haben dagegen — wie das Ministerium feststellte — zum Teil eine Entwicklung angenommen, die sich schon äußerlich von einem sachlich gleichgelagerten Betrieb der Privatwirtschaft kaum noch unterscheidet. Sie treten mit entsprechenden Betrieben der Privatwirtschaft in zunehmendem Maße in Wettbewerb, wobei sie durch ihre Steuerbefreiung einen beachtlichen Vorsprung haben. Deshalb sollen, auch im Hinblick auf gleiche Wettbewerbsbedingungen, die größten landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaften körperschaftsteuerpflichtig werden. Die kleineren (mit einem Gesamtumsatz bis zu 100 000 DM jährlich) werden weiter eine besondere Steuerbegünstigung genießen. Bei ihnen bleibt vom Gewinn ein Betrag bis zu 5000 DM steuerfrei. Danach würden die meisten Verwertungsgenossenschaften auch in Zukunft steuerfrei sein, zumal da sie — wie alle Genossenschaften — die Möglichkeit haben, bei Ermittlung des Gewinnes Warenrückvergütungen in bestimmtem Umfang abzuziehen.

Den Kreditgenossenschaften und Zentralkassen soll im Hinblick auf ihre besonders volkswirtschaftliche Funktion eine Tarifierleichterung (die Hälfte des normalen Steuersatzes) und den kleinen Genossenschaften (Bilanzsumme bis 500 000 DM) eine Tarifierleichterung in dem bisherigen Umfang (ein Drittel des normalen Steuersatzes) belassen bleiben.

Breite Basis für die Aufwandssteuer

Noch keine Entscheidung über Süßwaren - Sämtliche Kraftwagen einbezogen

Süßwaren seien zunächst noch nicht in dem vorläufigen Katalog der Waren enthalten, die nach dem Beschluß des Bundeskabinetts mit einer 10prozentigen Steuer für besonderen Aufwand (Luxussteuer) belegt werden sollen, verlautet aus Bonn. Die Aufwandssteuer für Nahrungs- und Genußmittel betreffe vorerst nur Austern, Kaviar, Langusten, Hummer, sowie frische und konservierte Trüffel. Im übrigen sei man größtenteils geneigt, nur hochwertige Pralinen, kandierte Früchte, Fruchtgelees-Waren, gebrannte Mandeln, Nüsse und ähnliche Erzeugnisse in den Katalog einzubeziehen.

Die Bundesregierung hatte bekanntlich beschlossen, die Aufwandssteuer in zwei verschiedenen Kategorien — einmal beim Einzelhandel und einmal beim Hersteller — zu erheben. Zu der Gruppe der Waren, die der Einzelhandel versteuern soll, gehören Empfangsgeräte, Musik- und Sprechapparate, bewegliche radioelektrische Empfangsgeräte für den Hausgebrauch und für Automobile, sowie dazugehörige Lampen und Röhren, ferner Musik- und Sprechapparate aller Art. Frei bleiben dagegen Kleinbandmagnetophone sowie Schallplatten.

Die deutsche Schmuckwarenindustrie will man nicht belasten. Erfolge sollen beim Einzelhandel nur Edelmetalle höchster Legierungen und Juwelen, wie echte Steine und echte Perlen, entgegen der ursprünglichen Absicht werden auch Pelzwaren nicht unter die Aufwandssteuer gestellt. Jedoch sollen alle photographischen Apparate wie Kameras, Vergrößerungs-

apparate, Linsen, Schmalbildapparate und dergleichen sowie Ersatz- und Zubehörsätze besteuert werden. Frei bleiben optische Geräte anderer Art und die für die Schifffahrt bestimmten optischen Instrumente. Teppiche fallen unter das Gesetz, wenn der Quadratmeter mehr als 100 DM kostet.

Der Katalog für die beim Erzeuger zu versteuernden Waren umfaßt folgende Produkte: Automaten, wie Spielautomaten sowie Waren- und Leistungsautomaten, ferner alle Kosmetika, dann Konzentrate und Grundstoffe zur Herstellung künstlicher Limonaden und stimulierender sowie koffeinhaltiger Getränke. Natürliche Frucht-säfte sollen frei bleiben.

Sämtliche Kraftfahrzeuge, ob importiert oder im Inland hergestellt, sollen der Steuer unterliegen, ausgenommen sind Motorräder und -roller bis 100 cm Zylinderinhalt.

Um die bereits fertiggestellten Waren zu erfassen, müssen Unternehmer, die am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes Tarifgegenstände der Kategorie B (die der Hersteller versteuert) zur gewerblichen Weiterveräußerung oder zur sonstigen gewerblichen Verwendung vorrätig haben und die in Betracht kommenden Gegenstände nicht selbst hergestellt oder in das Bundesgebiet eingeführt oder gebracht haben, der Aufwandssteuer im Wege der Bestandsbesteuerung unterliegen. Die bei der Bestandsaufnahme errechnete Steuer ist in sechs gleichen Monatsraten zu entrichten, wobei die erste Rate einen Monat nach dem Inkrafttreten des Gesetzes fällig sein wird.

Präsident Hermes kritisiert Bundesregierung

Festversammlung des Deutschen Raiffeisen-Tages in Stuttgart

Im Rahmen des Deutschen Raiffeisentages, der zur Zeit in Stuttgart stattfindet, fand eine Festversammlung statt, auf der u. a. Bundesernährungsminister Prof. Niklas, der württembergische Ministerpräsident Dr. Maier sowie Vertreter der Besatzungsmächte und zahlreiche zuständige Ehrenräte anwesend waren.

In seiner Eröffnungssprache wandte sich der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, Reichsminister a. D. Dr. Hermes gegen die „genossenschaftsfremde Haltung gewisser Kreise“ der Bundesrepublik. Hermes sagte, er habe gegen die kürzlich von der Bundesregierung beschlossene Verordnung, die auch die letzten steuerlichen Sondervorschriften für Genossenschaften beseitigt habe, Einspruch erhoben. Hermes betonte, der Raiffeisenverband, der von der Bundesregierung vor Verbotschließung der Ver-ordnung nicht gehört wurde, sei, werde nichts unterlassen, um den berechtigten Belangen der Genossenschaften Geltung zu verschaffen. Hermes kritisierte die Bundesregierung auch wegen ihrer Haltung in der Frage des Beitrages der deutschen Landwirtschaft zur Investitionshilfe. Der Raiffeisenverband sei auch in dieser Frage von der Bundesregierung nicht gehört worden. Die Beteiligung der Landwirtschaft an der Investitionshilfe, wie sie von der Bundesregierung vorgesehen sei, bezeichnete Hermes als eine Gefährdung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe. Der Raiffeisenverband habe bereits bei allen zuständigen Ministerien gegen den Gesetzesentwurf Einwendungen erhoben. Zur Frage der Preisfestsetzung für Brot- und Futtermittel sagte Hermes, die Genossenschaften erwarteten,

daß die von der Bundesregierung festgesetzten Preise „unter allen Umständen“ eingehalten würden. Das Bundeskabinett dürfe nicht tatenlos zusehen, daß der Getreidestrom wieder in diejenigen Kanäle fließe, die unrechtmäßig höhere Preise zahlen.

Bundesernährungsminister Niklas, an den sich Präsident Dr. Hermes unmittelbar mit dem Ersuchen gerichtet hatte, in der Frage der steuerlichen Belastung der Genossenschaften hinter dem Raiffeisenverband zu stehen, antwortete: „Seit 14 Jahren bin ich aktiver Genossenschaftler — und ich bleibe es, komme, was wolle, mein Leben lang.“

Der Ehrenpräsident des „Verbandes der europäischen Landwirtschaft“ (CEA), Prof. Ernst Laur (Schweiz) kündigte an, daß die CEA im kommenden Jahr zum ersten Mal in der Bundesrepublik ihre Jahreskonferenz abhalten werde. Die europäische Landwirtschaft wolle damit demonstrieren, daß sie im deutschen Bauern wieder den „Freund und gleichberechtigten Partner“ erblicke. Professor Laur forderte die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften zur rückhaltlosen Zusammenarbeit auf internationaler Ebene auf.

Der Präsident des Landesbauernverbandes von Schwürttemberg-Hohenlohn, Bundestagsabgeordneter B a u k n i c h t, forderte eine Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Bauknicht erklärte, ohne eine Standardisierung werde die deutsche Landwirtschaft dem Massenangebot einheitlicher und gut sortierter ausländischer Waren auf dem Binnenmarkt nicht mit Erfolg begegnen können.

Das Lied vom Glück

(Urheberrechtlich Hermann Berger, Wiesbaden)

31. Fortsetzung Nachdruck verboten.

„Weißt du, Misch, und dann soll's vorwärts gehen Ganz von vorn, du! — Man soll dem Glück nicht so vertrauen, glaube ich. Man soll lieber den Weg gehen, der einem vorgezeichnet ist und seine Pflicht tun... und alles nehmen, wie's kommt, weiß oder schwarz — Lachen und Weinen. Glück, weißt du, das ist so wankelmütig... und ich bin für die gerade Linie!“

„Ich auch, Till. — Ich auch! Und gleich morgen fangen wir an. Ich besuche Freders und Sohn, ob sie mir die Stelle freigehalten haben.“

„Und ich gehe zum Arbeitsnachweis. Irrend was werd' ich schon finden — wenn nicht gleich, dann später.“

„Und lustig wollen wir sein, Till!“

„Das können wir auch, Misch — Ich hab' ja eine neue Schwester! Darauf können wir mächtig stolz sein!“

„Als es schon bald anfang, hell zu werden, schliefen sie endlich ein.“

Und seltsam, sie lächelten beide im Traum...
Der Wecker schrillte. Frau Lill und Till rissen sich aus dem Schlaf und kleideten sich, noch ein wenig schlaftrunken, an. Till war schnell fertig, sie wollte keine Zeit versäumen.

In ihren Bürkleidern, das Lederhütchen auf dem Kopf — denn draußen strömte ein Gewitterregen —, eilte sie durch die Straßen. Aber der Guß wurde so heftig, daß sie bald unter einen schützenden Hausflur düchtete.

„Hallo! — Sieh da, Fräulein Rheydt!“ Erschrocken und etwas in Abwehr bei dem allzu vertraulichen Anruf sah sie auf. Das war doch...
„Vanloo!“

„In höchst eigener Person. — Wie geht's, wie steh's! Glückliche zurück vom Mittelmeertrip?“

„Woher wissen Sie...“
Sie musterte ihn mißtrauisch... das olivbraune, schmale Gesicht, das schwarze Bärtchen auf der Oberlippe, die beringte Hand, die den silbernen Kopf eines Spazierstockes hielt und die immer etwas unsteten und zwinkernden Augen unter den dünnen, farblosen Augenbrauen...
„Oh, wie man so etwas weiß, Verehrteste! Sie haben ja den Damen bei Malwitz Karten geschrieben. Übrigens — haben Sie gehört, was unser geschätzter Zeitgenosse Gräner inzwischen ausgefressen hat?“

„Es war ein lauernder Blick, der unter den Lidern her und ein wenig von der Seite Till in's Gesicht traf. Ein unangenehmes Gefühl beschlich sie dabei.“

„Ja“, sagte sie gedämpft.
„Haben Sie wohl selber miterlebt, da unten auf dem Schiff, meine ich? Wie sie ihn beim Kragen faßten? Unangenehme Bekanntschaft das. Was sich der Bengel auch einbildete... Ihnen nachzureisen! Marke Größenwahn!“

„Herr Vanloo!“ Till sagte es beherrscht, aber innerlich bebte sie vor Zorn.
„Stimmt's etwa nicht?“ lachte Vanloo keß. „Kann es ihm ja nachfühlen, daß er... ein unterstrichen bewundernder Blick glitt an Tills Gestalt herauf und blieb frech an ihrem Gesicht hängen... „daß er den Kopf darüber verloren hat.“

Sie wich etwas zurück.
„Wenn ein Kollege das Unglück hat, in einen solch' unwürdigen Verdacht...“

„Unglück?“ lachte er härmisch. „Da tun Sie ihm wohl allzuviel Ehre an, Fräulein Rheydt! Es wird nicht lange dauern, bis er der Tat überführt wird und ein Geständnis ablegt!“

„Herr Vanloo — Sie glauben doch selber nicht daran, daß ausgerechnet unser Grüner diesen — dummen Streich begangen hat?“

„So dumm war der Streich doch eigentlich nicht, das müssen Sie zugeben. Mit zehntausend Emmchen kann man schon eine ganze Menge anfangen, wenn man auch immer den ehrlichen Siegfried spielt.“

„Da kommt die Sonne heraus!“
Mit kurzem Kopfnicken brach Till das Gespräch ab und trat hinaus auf den Gehsteig, doch da war er schon an ihrer Seite.

„Aber liebes Kind!“ sagte er süß. „Eigentlich sollten wir doch nun unsere frühere Bekanntschaft fortsetzen, die uns dieser famose Fußballmeisterdieb Gräner verkehrt hat! — Soviel ich weiß, sind Sie ohne Stellung, Rheydtdchen — kann Ihnen doch behilflich sein! — Habe so meine guten Beziehungen...“

„Danke!“ schnitt Till kalt den Satz ab. „Und im übrigen geh' ich lieber allein, Herr Vanloo.“

Ein giftiger Blick von ihm.
„Merkwürdig, daß eine so entzückende Dame wie Sie einen so schlechten Geschmack hat! Ausgerechnet an diesen... diesen Klaubruder wollen Sie sich...“

„Nun ist's aber genug“, rief Till zornig. „Und wenn Sie mich noch weiter belästigen, dann darf ich Ihnen vielleicht eine Bekanntschaft mit dem nächsten Polizeibeamten vermitteln!“

Höhnisch zog Vanloo den Hut.
„Wohl bekommen!“ — Na ja, wo die Liebe hinfällt. Meinetwegen... aber es wird sich

ja wohl noch eine Gelegenheit finden, mich Ihnen für diese Stunde dankbar zu erzeigen! Leben Sie wohl, mein verehrtes Fräulein!“

Mit heißem Gesicht eilte Till weiter, ohne sich umzusehen. Welch ein schlechter Charakter! Aber wie war denn das? Was kam ihr denn da plötzlich in den Sinn? Eigentümlich etwas... Überspanntes und Abgeschmacktes... und doch...
Was hatte der freche Bursche gesagt?

„Es wird sich ja wohl noch eine Gelegenheit finden, mich Ihnen für diese Stunde dankbar zu erzeigen...“

Was meinte er denn damit? Er drohte — er wollte sich rächen — lächerlich! — So einer war er also!

Till strebte eiliger voraus. War das vielleicht... auch so eine Stunde gewesen... für die er sich Gräner „dankbar erzeigte“ —? Damals, an der Bushaltestelle? Hatte er nicht damals auch schon eine Drohung gegen Gräner ausgestoßen?

Und nun hatte sich... für ihn die... Gelegenheit gefunden! Ei, sieh doch — sieh!

Und wenn es auch noch so romantisch aussah; das war gewiß ein Anhaltspunkt für diese merkwürdige Diebstahlgeschichte. Wie war's denn doch bei Malwitz Söhne? War Gräner der einzige, der außer dem Chef die Schlüssel zum Geldschrank besaß? — Ja — aber trug er sie immer bei sich? — Nein. Sie selber hatte den vertrauensseligen Gräner mehrfach ermahnt, seine Schlüssel nicht so leichtsinnig im Schreibtisch liegen zu lassen, wenn er einmal das Zimmer verließ...
Eine lange Gedankenkette schnurte jetzt wie von einem gut geölten Räderwerk ab.

Fortsetzung folgt